



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Vorbild Schweiz? Warum die direkte Demokratie Grenzen hat

Lucht, Jens

Abstract: Die Schweiz gilt als Paradebeispiel für Bürgerbeteiligung. Doch von der direkten Demokratie geht eine Gefahr aus, sagt der Medienforscher Jens Lucht: Nicht immer gewinnen die besten Ideen. Oft profitieren Provokateure und Populisten. In Deutschland ist seit Jahren der Ruf nach mehr direkter Demokratie zu hören: dass direktdemokratische Elemente auf nationaler oder auf europäischer Ebene eingeführt werden sollen. Dabei wendet sich der Blick häufig nach Süden, in das gelobte Land der direkten Demokratie – die Schweiz –, um zu beobachten, wie direktdemokratische Verfahren in der Praxis funktionieren.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-167819>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Lucht, Jens. Vorbild Schweiz? Warum die direkte Demokratie Grenzen hat. In: Vorwärts, 10 March 2017, 1.

Bürgerbeteiligung: Mehr direkte Demokratie wagen?

[zur Debatte »](#)

Mehr Bürgerbeteiligung?

Vorbild Schweiz? Warum die direkte Demokratie Grenzen hat

Jens Lucht • 10. März 2017

Die Schweiz gilt als Paradebeispiel für Bürgerbeteiligung. Doch von der direkten Demokratie geht eine Gefahr aus, sagt der Medienforscher Jens Lucht: Nicht immer gewinnen die besten Ideen. Oft profitieren Provokateure und Populisten.

In Deutschland ist seit Jahren der Ruf nach mehr direkter Demokratie zu hören: dass direktdemokratische Elemente auf nationaler oder auf europäischer Ebene eingeführt werden sollen. Dabei wendet sich der Blick häufig nach Süden, in das gelobte Land der direkten Demokratie – die Schweiz –, um zu beobachten, wie direktdemokratische Verfahren in der Praxis funktionieren.

Fremdenfeindliche Abstimmungen

Die Ergebnisse dieser Beobachtung sind jedoch in Teilen irritierend. Wahrgenommen wird vor allem, dass das Schweizer Stimmvolk den identitätspolitischen Anliegen der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP), die die stärkste Partei der Schweiz ist, durchaus aufgeschlossen gegenüber steht. So ergreift die SVP häufig – und in den vergangenen Jahren vermehrt – die Mittel der direkten Demokratie, um immer wieder die Themen Migration und Ausländer zu bewirtschaften und fremdenfeindliche Abstimmungen zu lancieren, die

häufig vom Volk gut geheißen werden.

So konnten die SVP und andere rechtspopulistische Gruppierungen zuletzt folgende Abstimmungen gewinnen: die „Minarettinitiative“ 2009, die besagt, dass in der Schweiz keine Minarette mehr gebaut werden dürfen; eine Abstimmung zur „Ausschaffung“ – also Abschiebung – von „kriminellen Ausländern“ sowie eine zur „Masseneinwanderung“ 2014, die besagt, dass die Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden soll.

Direkte Demokratie ist nicht einfach

Befürworter der direkten Demokratie in Deutschland lässt das zum Teil etwas ratlos zurück und sie fragen sich, warum ausgerechnet rechtspopulistische Akteure in diesem System offensichtlich gute Möglichkeiten haben, ihre Themen einerseits zu platzieren und andererseits mit diesen Themen auch zu reüssieren. Die Antwort darauf ist: Die direkte Demokratie ist voraussetzungs- und anspruchsvoll. Sie verlangt den Bürgerinnen und Bürgern, aber vor allem auch der öffentlichen Diskussion und deren Akteuren (Parteien, zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände, Medien u. a.) viel ab.

Da sich Abstimmungsentscheidungen in der direkten Demokratie mit deutlich geringerer Beteiligung des Parlaments als bei repräsentativen Systemen unmittelbar in politische und rechtliche Folgen umsetzen, kommt diesen Volks-Entscheidungen eine große Bedeutung zu. Daraus folgt, dass die öffentliche Diskussion gerade über die Abstimmungsthemen eine möglichst rationale, ausgewogene und die vielfältigen Ansichten zu dem Thema berücksichtigende Kommunikation sein sollte – kurz gesagt: an die öffentliche Diskussion zu diesen Themen müssen in direktdemokratischen Systemen noch höhere Qualitätsanforderungen als in repräsentativen Systemen gestellt werden (obwohl auch dort eine öffentliche Diskussion auf hohem Rationalitätsniveau wünschenswert ist).

„Medienpopulismus“: Nährboden für Populisten

Genau diese Qualität und das damit verbundene

Rationalitätsniveau der öffentlichen Diskussion erodieren aber in den letzten Jahrzehnten, wie Untersuchungen zur Medienqualität der Schweiz gezeigt haben (vgl. Jahrbücher Qualität der Medien Schweiz 2010-2016, Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich). Aufgrund der fortschreitenden Kommerzialisierung der Medien, die in der Schweiz relativ spät, dann aber rasch einsetzte, fokussierten die Medien mehr und mehr auf Formate, die Quote und Reichweite – und damit ökonomischen Erfolg – sichern. Es kamen vermehrt „Soft News“ auf, die politische Berichterstattung wurde verkürzt, emotionalisiert und personalisiert. Die Berichterstattung wurde konfliktorientierter und die Skandalisierung von politischen Akteuren und Institutionen nahm zu.

Dies alles ist ein fast perfekter kommunikativer Nährboden für populistische Akteure, deren Kommunikation genau diese Kommunikationsformen bedient. Der Politikwissenschaftler Gianpietro Mazzoleni hat hierfür den treffenden Begriff „Medienpopulismus“ eingeführt. So zeigen Analysen zu den oben genannten Abstimmungen, dass die SVP und ihre Argumentationslinien durch ihre konfliktive, tabubrechende und emotionalisierende Form der Kommunikation in der massenmedialen Berichterstattung zu diesen Volksabstimmungen eine besonders hohe Resonanz erzielte. Die genannten Effekte werden durch Social Media teilweise noch verstärkt, wie z.B. durch die „Echokammern“ von Facebook, in denen sich die User in ihrer Empörung gegenseitig hoch schaukeln.

Die Gefahr der direkten Demokratie

Das Beispiel Schweiz zeigt, dass direkte Demokratie von den Bürgerinnen und Bürgern und von der öffentlichen und politischen Kommunikation viel verlangt. Die Gefahr ist groß, dass sich hier derjenige durchsetzt, der am lautesten und provokativsten schreit und deshalb die meiste Aufmerksamkeit generiert.

[zur Startseite »](#)

weiterführender Artikel



Demokratie

Bundesweite Volksentscheide: „Die SPD sollte das Thema nicht der AfD überlassen“

Kai Doering • 02. Januar 2018

3 Kommentare

Kommentare

Direkte Demokratie allein reicht nicht

STEFAN STAPPEN hat am 12. März 2017 - 14:06 kommentiert

Ich lebe nunmehr 6 Jahre in der Schweiz und erlebe die direkte Demokratie. Der Artikel greift jetzt 3 Ereignisse heraus ohne den aktuellen Stand der Umsetzung genau auch anzuschauen.

Minarett-Initiative: Ist ins Baurecht eingeflossen.

Ausschaffungsinitiative: Mittlweile wollte die SVP ja mit der Durchsetzungsinitiative eine 1:1 Umsetzung erzwingen: 60% haben das abgelehnt.

Masseneinwanderung: Es gibt einen sachten Umsetzungsentwurf der von der breiten Mehrheit der Parlamentarier ausgearbeitet wurde unter Berücksichtigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU.

Es bedarf bei der direkten Demokratie eine feine Abstimmung aller gewählten Vertretergruppen. Und das existiert in der Schweiz aus meiner Sicht.

Und, Schweizer haben die direkte Demokratie schon früh geübt. Und man muss dies üben. Und die Gemeinden sind der erste Bereich gewesen in dem direkte Demokratie durchgeführt wurde. Und das seit mehr als 100 Jahren.

Entscheidend ist für mich noch das Gemeinden, Kantone und Bund die Hoheit über Teile der Steuer haben. Ich kann also in der Gemeinde sehr direkt die Auswirkungen von Entscheidungen sehen - Spielplatz, Bibliothek, Schule.

Verantwortung und direkte Demokratie

Richtig

Tomboy hat am 13. März 2017 - 19:10 kommentiert

Ich denke das System "Ältestenrat" bei der es in der Schweiz keinen wirklichen Präsidenten gibt und alle wichtigen Parteien involviert sind, dürfte hier einen besonders entspannenden Effekt haben. Viele Länder haben Strukturen, die eine einzelne Partei oder Koalition als regierende Partei bevorzugt. Was den Populismus weiter Auftrieb gibt. Denn Absprachen funktionieren hier ganz leicht. In der Schweiz dagegen hat eine Partei mehr als nur einen mitregierenden Gegner.

Spanien ist hier übrigens andersherum ein gutes Beispiel dazu was passiert wenn die Parteien ihre Macht plötzlich teilen müssten weil es keine Mehrheit gibt. Da würde sich ein System Schweiz auch anbieten.

direkte Demokratie

Dr. Andreas Hübner hat am 19. März 2017 - 7:01 kommentiert

Direkte Demokratie birgt Gefahren. Ja. Aber die representative auch. Zu viel Macht in Händen eines oder weniger Politiker ist sogar noch gefährlicher. Noch viel gefährlicher. Die wirklich schrecklichen Entscheidungen in der Geschichte hat nie das Volk getroffen, sondern das waren (einzelne Politiker). Das sollte nie vergessen werden.

Ich halte es für wichtig, dass auch die Politiker und deren Entscheidungen kontrolliert werden. Und zwar vom Volk, nicht von anderen Politikern, die von den zu kontrollierenden ausgesucht werden.

Dem Volk leichtere Manipulierbarkeit als den Politikern vorzuwerfen halte ich zudem für eine höchst undemokratische Einstellung. Politiker sind auch Menschen. Auch manipulierbar. Und einzelne Politiker zu manipulieren ist sogar leichter als 60 Millionen Bürger.

Übrigens sind die Argumente gegen direkte Demokratie diesselben, die gegen freie Wahlen überhaupt angeführt wurden sind! Es hat sich doch gezeigt, dass das nicht richtig war. Oder wer will zurück zur Monarchie?
